Zusammenfassung

von Wacław Długoborski

In den Beiträgen und Diskussionen der XVI. Konferenz der deutsch-polnischen Kommission zur Revision der Schulbücher sind Fragen der Industrialisierung, des sozialen Wandels und der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland und in Polen erörtert worden.

Zbigniew Kulak und Enno Meyer wiesen in ihren Referaten darauf hin, daß die Behandlung aller oben genannten Problemkreise in den Schulbüchern beider Länder unvollkommen zu sein scheint. Wenn auch in den meisten deutschen Lehrbüchern der Gang der Industrialisierung selbst und ihre sozialen Folgen im Längsschnitt dargestellt wird und auf diese Weise das Verständnis der Mechanismen dieser Prozesse erleichtert, so mangelt es hier an Vergleichen mit dem Gang der Industrialisierung in anderen europäischen Ländern (außer England), besonders aber in Polen. Es wäre zu empfehlen, die Hindernisse darzustellen, die die Industrialisierung des Landes hemmten: z. B. die politische Aufteilung der polnischen Gebiete unter die drei Teilungsmächte und das Fehlen der Eigenstaatlichkeit, die auch zu der Hauptursache der wirtschaftlichen Rückständigkeit mancher polnischen Territorien wurden. Die Schwäche der polnischen Lehrbücher dagegen, obwohl sie die letztgenannten Elemente zu berücksichtigen versuchen, liegt u. A. in einer zu weitgehenden chronologischen Zerstückelung des Lehrstoffes, was keine genügenden Ansätze zur didaktischen Behandlung solcher säkularen Prozesse wie der Industrialisierung zu geben vermag. Ungenügend scheint auch die Einfügung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels polnischer Gebiete in die allgemein-europäische Entwicklung zu sein.

Der Darstellung der Hauptetappen der Industrialisierung in Russisch-Polen und in Preußen in den Beiträgen von Janusz Groniowski und Lech Trzeciakowski folgten die Ausführungen Wolfram Fischers, der auf die in der Geschichtsschreibung umstrittenen Fragen hinwies und die neuesten Standpunkte der deutschen wirtschaftsgeschichtlichen Forschung präsentierte. Als besonders umstritten, auch in unserer Diskussion, erwiesen sich die Fragen: 1. des sog. deutschen Sonderweges, wobei festgestellt wurde, daß dieses Klischée an Kraft verliert, wenn man die deutsche Entwicklung nicht mit der der westlichen sondern mit der der östlichen Nachbarländer vergleicht, 2. der Anwendung solcher historisch-geographischen Begriffe wie „Preußen" oder „Polen", ohne auf die wirtschaftlichen, sozialen und national-politischen Unterschiede zwischen den einzelnen Teilen dieser territorialen Gebilde näher einzugehen, 3. der Rolle des preußischen Staates als einer der Hauptfaktoren der Frühindustrialisierung, die als ambivalent bezeichnet wurde, weil die Förderung bestimmter Industriezweige bzw. Gebiete auch das Nachlassen der privaten, freien Investitionslust zur Folge hatte, 4. von diesem Standpunkt aus wurde auch die Rolle von Bürgertum bzw. Bourgeoisie und der Großbanken einerseits und der Großgrundbesitzer (Junker) andererseits erörtert, wobei besonders ihre Einstellungen zur ökonomischen und technischen Modernisierung zum Gegenstand der Diskussion wurden.

Es ist auch hingewiesen worden auf die Notwendigkeit einer präziseren und die regionalen Eigenartigkeiten berücksichtigenden Behandlung des Ganges der Industrialisierung, samt ihren demographischen, sozialen und nationalen Folgen. Als methodologisch besonders fruchtbar ist von diesem Standpunkt aus die komparative Analyse der Regionen mit vergleichbaren Industrie-Strukturen (Bergbauregionen, Textilgebiete, großstädtische Agglomerationen u. ä.) in verschiedenen Ländern bezeichnet worden. Obwohl es andererseits an Mahnungen nicht gefehlt hatte, das Gemeinsame, Generalisierende, Synthetisierende aus dem Auge nicht zu verlieren, um auf diese Weise die Ansätze nicht nur zu einer

komparativen Thematisierung sondern auch zu einer Theoretisierung der Industrialisierungs-Vorgänge schaffen zu können.

Dieser Hinweis scheint besonders notwendig bei der Erörterung der demographischen, sozialen, besonders aber der national-politischen Auswirkungen der Industrialisierung zu sein. Die These von Kazimierz Wajda über die sozial-nationale Spaltung in eine „deutsche" und in eine „polnische" Gesellschaft als eine der Folgen der Industrialisierung in dem preußischen Anteil von Polen ist in der Diskussion stark umstritten gewesen. Auch konnte man für diese Gebiete kein eindeutiges Bild solcher Begleiterscheinungen der Industrialisierung geben wie der territorialen Mobilität der Bevölkerung (das Zusammenspiel von sog. Push- und Pull-Faktoren), der Verschlechterung der materiellen Lage und der Lebensqualitäten der polnischen Arbeitnehmer, vor allem aber der Saisonarbeiter, die zu einer besonders benachteiligten Gruppe der Arbeiterschaft wurden, der Veränderungen in der nationalen Zusammensetzung der Arbeiterschaft in den neuentstehenden industriellen Ballungszentren, wobei auch das Engagement der einzelnen nationalen Gruppen in der Arbeiterbewegung zum Gegenstand der Diskussion wurde. Schließlich ist auf das Zusammenspiel von den ansteigenden sozialen, konfessionellen, ethnisch-sprachlichen, dann auch national-politischen Gegensätzen und Konflikten hingewiesen worden. Von diesem Standpunkt aus wurden auch die Assimilierungs- bzw. Germanisierungsprozesse zur Sprache gebracht, wie auch die Kompliziertheit solcher Vorgänge, die u. a. zur Herausbildung einer sozio-ethnischen Zwischenschicht geführt hatten.

Da diese für die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Nationen äußerst wichtigen Vorgänge in den einzelnen Beiträgen nur am Rande berücksichtigt worden sind, konnten sie auch in der Diskussion den ihnen gebührenden Platz nicht einnehmen. Man hatte jedoch auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit weiterer Forschungen auf diesem Gebiet hingewiesen.

Die von Gerhard Ritter präsentierte gewerbliche Zusammensetzung und innere Schichtung der industriellen Arbeiterschaft des Zweiten Kaiserreiches hatte dank der Exaktheit und statistischer Präzision seiner Ausführungen zu einem statistisch-analytischen Vergleich mit den angrenzenden polnischen Gebieten, vor allem aber Russisch-Polen, angeregt, wobei aber die Zweifel entstanden, ob man polnischerseits über vergleichbare statistische Zahlenangaben verfügt. Dagegen sind die von Jürgen Kocka erörterten Folgen der Industrialisierung für Preußen-Deutschland, besonders aber für die preußisch-deutsche Arbeiterbewegung auch in der polnischen Forschung umfangreich und seit langem aufgegriffen worden. Diskutiert wurden vor allem: 1. die Beurteilung und Bewertung des Übergangs von dem ländlichen in das industriell-städtische Millieu (sozialer Aufstieg oder sozialer Abstieg?), 2. die Bedeutung der alten Handwerkstraditionen, wie auch der deklassierten Handwerker selbst für die Entwicklung der Arbeiterbewegung, 3. die Rolle der sozial-ökonomischen Faktoren einerseits und der politischen andererseits für das Entstehen und die Weiterentwicklung der organisierten Arbeiterbewegung, wie auch die Rolle der Bildungssysteme und des Abbaus des Analphabetismus.

Ähnliche Problemkreise, bloß am Beispiel einer späteren Entwicklungsetappe der deutschen und der polnischen Arbeiterbewegung, sind von Tadeusz Cieślak und Georg W. Strobel erörtert worden. Dem Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu der sog. polnischen Frage, die Entwicklungsschwierigkeiten der „PPS zaboru pruskiego" inbegriffen, welches von T. Cieślak dargelegt wurde, ist leider in der Diskussion nicht genügend Platz eingeräumt worden, obwohl es seit Jahren zu einer der Streitfragen der polnischen Historiographie gehört und auch deutscherseits (H. U. Wehler) eingehend analysiert wurde. Nicht zu unterschätzen sind auch die Einflüsse der russischen bzw. polnisch-russischen Revolution von 1905–1907 auf Deutschland (G. Strobel), wenn sie auch in der Geschichtsschreibung der beiden deutschen Staaten verschiedenartig und dazu noch ungenügend behandelt worden sind. Einerseits waren die staatlichen Reaktionen darauf abgestellt, das Übergreifen der Revolution zu vermeiden (was auch mit ihren nationalen Forderungen im Zusammenhang stand, die u. a. in dem Übergreifen der Schulstreikbewegung auf den preußischen Anteil von Polen ihren Ausdruck fand), andererseits aber hat das russisch-polnische Beispiel nicht unerhebliche und fortdauernde Auswirkungen auf die politische Kultur Deutschlands ausgeübt. Neben den nationalen wurde auch der konfessionelle Aspekt zur Sprache gebracht, mit Hinweisen auf die antirevolutionären und radikalisierungshemmenden Aktivitäten der katholischen, national-polnischen Gewerkschaftsorganisationen.

Die Beiträge von Hans Mommsen und Kazimierz Żygulski haben den Anlaß gegeben, nicht nur die Entstehung und Entwicklung der sog. Arbeiterkultur in den beiden Ländern zu vergleichen, sondern auch über die Definition des Begriffes selbst zu diskutieren. Besonders umstritten waren die Unterschiede zwischen Berufs-, Arbeiter- und Arbeiterbewegungskultur. Es wurde u. a. darauf hingewiesen, daß alle drei Arten der im Entstehen begriffenen Massenkultur erstens bei mancher Gruppe der Arbeiterschaft (z. B. Bergleute) nur schwer voneinander zu trennen sind, zweitens die sog. Arbeiterkultur auch stark durch die traditionelle Bauernkultur einerseits und die sich herausbildende kleinbürgerliche Massenkultur andererseits, beeinflußt wurde. In manchen Industriegebieten, vor allem in Polen, aber auch im Ruhrgebiet, waren die konfessionellen Einflüsse sichtbar, die den Inhalt und in einem noch stärkeren Maße die Formen der sog. Arbeiterkultur bestimmten, die Kultur der Arbeiterbewegung nicht ausgenommen, was zum Anlaß einer starken Kritik in den Reihen der SPD wurde.

Diese Themenkreise komparativ zu erforschen und zu analysieren, scheint eine der Aufgaben künftiger deutscher und polnischer Forschungen zu sein, wenn auch gewisse Vorleistungen auf diesem Gebiet in den beiden Ländern geleistet worden sind. Viel mehr Aufmerksamkeit ist in der deutschen und in der polnischen Forschung den direkten demographischen und sozialen Auswirkungen der Industrialisierung geschenkt worden. Dagegen bedürfen die Fragen der sozio-nationalen Umstrukturierung und der sozio-nationalen Konflikte, also die der indirekten Auswirkungen der Industrialisierung, besonders in dem deutsch-polnischen Grenzbereich (deutsche Ostgebiete bzw. polnische Westgebiete) nicht nur einer Festlegung ihrer methodologischen Ansätze, sondern auch einer Thematisierung mancher noch nicht angeschnittener Forschungsprobleme. Es wären hier insbesondere solche Fragen zu nennen, wie: 1. die Entwicklung des nationalen (in Konkurrenz bzw. im Einklang) mit dem sozialen Bewußtsein mit Berücksichtigung von nationalen Klischees und Vorurteilen, 2. die Rolle der Polen (aber nicht der sog. Aktivisten, sondern der Masse der polnischen Arbeitnehmer) in der deutschen und der Deutschen in der polnischen Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften inbegriffen, 3. der Einfluß der Kirche auf die Einstellung und Verhaltensweisen der Arbeiterschaft, 4. die Auswirkungen der Industrialisierung auf die sozio-nationale Zusammensetzung der Bevölkerung der einzelnen Provinzen des preußischen Anteils von Polen, wie auch das Zusammenleben beider ethnischer Gruppen, wobei selbstverständlich auch die Politik des preußischen Staates von diesem Standpunkt aus zu berücksichtigen wäre. Die wissenschaftlich fundierte Klärung der letztgenannten Probleme, wie auch die Einbeziehung des ganzen Industrialisierungs- und Umstrukturierungsproblems beider Gesellschaften in die allgemein-europäische Entwicklung, könnte manche, sogar unter den Historikern selbst tief eingewurzelten Stereotypen und Simplifikationen überwinden, und zu einem auch für die Lehrbücher tauglichen Gedankengut werden. Man muß sich aber bewußt sein, daß gerade bei den wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fragen, der Einbeziehung des neuesten Forschungsergebnisse in den Unterrichtsprozeß viele Hindernisse, z. B. didaktischer Natur, entstehen können.

Wenn unsere dreitägige Sitzung nur einen kleinen, doch aber nicht wirkungslosen Schritt auf diesem Wege bedeuten sollte, so könnte ohne in Übermut zu verfallen festgestellt werden, daß auch die XVI. Tagung der gemeinsamen deutsch-polnischen Historiker-Kommission zu besserer Verständigung unserer beiden Völker beigetragen hat.

Zusammenfassung

von Jörg K. Hoensch

Mit der Annahme der bewußt knapp und allgemein gehaltenen Empfehlungen zur Revision der polnischen und deutschen Schulgeschichtsbücher hatten wir uns selbst die Aufgabe gestellt, wichtige Teilaspekte unserer Beziehungsgeschichte auf wissenschaftlichen Symposien zu vertiefen, dabei den Forschungsstand und die Kontroversen aufzuzeigen, Anregungen für eine intensivere Bearbeitung der Forschungslücken zu bieten und schließlich unseren Schulbuchautoren umsetzbare Analysen und Synthesen zu liefern. Auf der XVI. Konferenz stand eine Thematik im Mittelpunkt unserer Arbeit, die eigentlich den Vertretern der hier zuständigen systematischen Sozialwissenschaften und nicht so sehr den „einfachen" Historikern überlassen bleiben sollte. Auch wenn einige von uns unter der Rubrik „Sozial- und Wirtschaftsgeschichte" in den Vorlesungsverzeichnissen erscheinen, so firmiert z. B. die überwiegende Mehrheit der deutschen Kollegen doch unter den Neuhistorikern – oft noch unter der Einschränkung „Geschichte Osteuropas". Ich möchte nicht verhehlen, daß ich mich bei meinem geringen Vorwissen und der stark beanspruchten Aufnahmekapazität stellenweise überfordert gefühlt habe. Die Inhalte der zum Teil ja neueste Forschungsergebnisse vorstellende Referate waren so komplex, daß sie sich, zumal auch die Berührungspunkte nicht immer gleich erkennbar wurden, einer knappen Zusammenfassung weitgehend entziehen. Um dennoch den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, sei mir erlaubt, als Einstieg einen gerafften Rückblick auf die Forschungsentwicklung zu geben.

Das nach der Zäsur von 1945 erst vereinzelt, danach weitverbreitet einsetzende Unbehagen an der überkommenen Trennung der in jahrhundertelanger Überlieferung tradierten (politischen) historia proprie dictu von einer sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Grundlegung oder Durchdringung geschichtlichen Verständnisses löste den Wunsch aus, von der Geschichte der Entscheidungen, Ereignisse und Verläufe zurückzufragen nach deren Bedingungen. Im Anschluß an Ferdinand Braudels Begriff einer „histoire des structures", d. h. der Geschichte von Determinanten, die nicht allein sozialökonomisch begriffen wurden, traten der Strukturwandel der modernen Gesellschaft, die Entwicklung der Arbeiterbewegung und der Verlauf der Industrialisierung zunehmend in das Blickfeld der Historiker und erregten ihr Interesse. Die Umwertung überlieferter historisch-politischer Wertvorstellungen begann sich als Teil der sich erweiternden modernen Sozialgeschichtsschreibung durchzusetzen; dabei erwiesen sich die Vielfalt der Aspekte und das Bedürfnis, neue Methoden zu erproben, als unermeßlich groß. Die moderne Sozialgeschichte wurde erweitert und vertieft; Lage- und Verhaltensforschung, lange vernachlässigt, fand neue Aufmerksamkeit. Ohne diese Entwicklung, die – genährt aus unterschiedlichen Antrieben und anderen ideologischen Voraussetzungen zwar – sowohl für die Volksrepublik Polen als auch für die Bundesrepublik Deutschland nachzuweisen ist, wäre es wohl kaum zu einer so intensiven und fruchtbaren Behandlung des Konferenzthemas „Industrialisierung, sozialer Wandel und Arbeiterbewegung in Deutschland und Polen bis 1914" gekommen.

In den Referaten des ersten und zweiten Tages konnte überzeugend nachgewiesen werden, daß durch die nationale Zusammenfassung der deutschen Länder in dem Kleindeutschen Staat Bismarcks und durch die bereits zuvor einsetzende zunehmende Angleichung der politischen, rechtlichen und kulturellen Verhältnisse ein geschlossener und zugleich umfassender Binnenmarkt entstanden war, der wegen der grundlegenden Verbesserung der Verkehrswege durch den Eisenbahnbau und die Erweiterung des Wasserstraßennetzes die günstigsten Voraussetzungen für einen raschen volkswirtschaftlichen Aufschwung und

die Vorbedingungen für die Herausbildung eines nationalen Wirtschaftssystems bot. Der Übergang zur Hochindustrialisierung erleichterte jedoch nicht nur die Angleichung bisher vorhandener ökonomischer, sozialer und politischer Gegensätze; vielmehr bewirkte die rasche industrielle Entwicklung eine tiefgreifende Verschärfung der regionalen Unterschiede, vor allem der Spannungen zwischen städtischen und ländlich-agrarischen Strukturen. Die weitverbreitete Neigung jedoch, die Probleme der Hochindustrialisierungsperiode vornehmlich am Beispiel des Ruhrgebietes darzustellen und den Steinkohlenbergbau sowie der mit ihm bald vertikal und horizontal verflochtenen stahl- und eisenerzeugenden Industrie exemplarische Bedeutung beizumessen, hat zu einer beklagenswerten Vernachlässigung der sozialökonomischen Entwicklung in den Ostprovinzen des Deutschen Reiches geführt, deren Spezifik und Eigendynamik auch diese Konferenz nicht voll gerecht werden konnte. Die gerade hier im Osten ausschlaggebende Schicht der Großgrundbesitzer und Großagrarier entwickelte bald dem nach agrarisch geprägten gesellschaftlichen Vorbildern ausgerichteten neuen Unternehmertum gegenüber Affinitäten. Trotz handelspolitischer Gegensätze zwischen Großagrariern und Großindustriellen verband beide das gemeinsame verfassungspolitische Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden Staatsordnung und an der Abwehr der sozialistischen Arbeiterbewegung. Stärker als z. B. in England blieben vorindustrielle Gesellschaftsstrukturen im hochindustrialisierten Deutschen Reich erhalten und verhinderten bis zum Ersten Weltkrieg eine rechtzeitige Emanzipation des gesamten Bürgertums dem Adel gegenüber und damit eine Demokratisierung der Gesellschaftsordnung, was Friedrich Naumann 1909 veranlaßte, vom „Industrievolk im politischen Kleide des Agrarstaates" zu sprechen. Diese Entwicklung zeigte sich besonders deutlich in den Ostprovinzen des Deutschen Reiches, wo die preußisch-staatliche Überlieferung für die politische und wirtschaftliche Führungsschicht, die überwiegend protestantisch gesinnt war, lebendig blieb und sich vermischte mit einem aus eigener Wurzel entspringenden sozialpatriarchalischen Selbstverständnis. Das Festhalten an herkömmlichen Mentalitäten war für die Mehrheit der Bevölkerung kennzeichnend. Unter den Bedingungen einer im großen und ganzen ungewöhnlich günstigen Konjunkturentwicklung und der industriellen Expansion blieben die latenten Konflikte, die sich aus dem Gegensatz zwischen technisch-industrieller Modernität und infrastruktureller wie sozialpolitischer Rückständigkeit aufgestaut hat, überdeckt und größtenteils unterdrückt. Soweit hat wohl unter den polnischen und deutschen Konferenzteilnehmern, von Detailfragen abgesehen, weitgehende Einmütigkeit der Auffassungen geherrscht.

Für die polnische Entwicklung dagegen ergeben sich bereits im Ansatz Schwierigkeiten, weil selbst unter polnischen Autoren keine vollständige Übereinstimmung über die territoriale Abgrenzung der geteilten „Nation ohne Staat" besteht. Ist als Ausgangsbasis der Bestand vor der Ersten Teilung, sind die Grenzen von 1918/20 oder von 1945 zu wählen? Darf Schlesien oder Ostpreußen ganz oder zum Teil bei der Darstellung der polnischen Wirtschaftsentwicklung berücksichtigt und können die ökonomischen Auswirkungen der 1831 errichteten Zollgrenze zum russischen Zartum oder der nach 1864 verschärft einsetzenden Russifizierungspolitik vernachlässigt werden? Das positivistische Auflisten von Entwicklungsindikatoren für einzelne Wirtschaftsbereiche enthebt uns nicht der Verpflichtung, über die Analyse zur Synthese einer gesamtpolnischen Wirtschaftsgeschichte vorzudringen und von dieser Basis aus dem für die Schulbucharbeit unverzichtbaren komparatistischen Aspekt nachzugehen. Die in der Diskussion mehrfach geäußerte Ansicht, daß die notwendigen Vergleiche trotz des erkennbaren West-Ost-Gefälles nicht allein an den hochindustrialisierten Ländern Westeuropas, sondern ebenso an der in Ostmitteleuropa, in Rußland und in Skandinavien verlaufenden Entwicklung ausgerichtet sein sollten, müßte in der Druckfassung der Referate sowie in der Arbeit der Kommission künftig eine stärkere Berücksichtigung finden.

Eine vergleichbar eindeutige Aussage, daß die „industrielle Revolution" den Lebensstandard – oder moderner: die Lebensqualität – der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit in den polnischen Teilungsgebieten, besonders in Kongreßpolen, ebenso beträchtlich verbesserte wie im Deutschen Reich, ist uns hier nicht vorgetragen worden. Ich vermag nicht abzuschätzen, wie weit in der polnischen Sozialgeschichtsschreibung bei der Erstellung von Lebensstandardanalysen neben der Reallohnentwicklung auch Faktoren wie Arbeitszeit und -bedingungen, Familiengröße und Wohnverhältnisse berücksichtigt wurden bzw. ob und in welchem Umfang die Quellenanlage solche Untersuchungen überhaupt zuläßt. Aber auch für das Deutsche Reich scheinen solche Studien bisher nur für die Hauptindustriegebiete wie das Ruhrgebiet, das Saarland und das Rhein-Neckar-Gebiet im Westen, dann Oberschlesien und Sachsen in Mittel- und Ostdeutschland geleistet worden zu sein, industriellen Zentren also, die sich immer deutlicher von nur langsam oder gar nicht industrialisierten Regionen wie etwa Ostpreußen oder großen Teilen Bayerns absetzten; die ungleichmäßige Verteilung und Ausbreitung der Industrie hat dabei die bereits vorhandenen regionalen Unterschiede noch weiter verstärkt.

Ohne bisher die beeindruckende Fülle der uns hier von Herrn Kollegen Ritter vorgetragenen Zahlen zu den Beschäftigtenanteilen der einzelnen Sektoren der Wirtschaft nachvollziehen zu können, haben bei mir diese fundierten Angaben den – hoffentlich korrekten – Eindruck hinterlassen, daß die Beschäftigtenstruktur sich insgesamt weniger radikal änderte als die Anteile der einzelnen Sektoren der Wirtschaft am Nettoinlandprodukt. Der Trend zu größeren Betriebseinheiten, die Ausbreitung der Kapitalgesellschaften, die notwendige Spezialisierung und fortschreitende Arbeitsteilung, die raschen technischen und organisatorischen Fortschritt bedingten, die Entstehung und schnelle Vermehrung neuer Berufe und Funktionen sowie der Ausbau des Dienstleistungsgewerbes dürfte sich – wenn auch mit einer gewissen Phasenverschiebung und in weniger dynamischer Entwicklung – für Kongreßpolen ebenfalls festhalten lassen. Nur das erhebliche Anwachsen des Anteils erwerbstätiger Frauen an allen Erwerbstätigen dürfte sich trotz ihrer starken Position in der auf industrieller Produktion aufgebauten Textilindustrie und trotz ihrer starken Stellung in der Landwirtschaft in Kongreßpolen nicht im gleichen Maße wie im Deutschen Reich nachweisen lassen.

Der dem Konferenzthema innewohnenden Gefahr, vorrangig, wenn nicht ausschließlich die Geschichte der Arbeiterbewegung in beiden Ländern abzuhandeln, und sie hauptsächlich auf die Geschichte der Programme, Ideen, Ideologien, der Organisationen und Wahlen zu reduzieren, ist in den vergangenen drei Tagen eindrucksvoll begegnet worden. Das Bedürfnis, von der Bewegung zu den Bedingungen vorzustoßen, d. h. die gesellschaftlichen Grundstrukturen konkret in den Mittelpunkt der Referate zu rücken und sie zu den Mentalitäten, den Verhaltensweisen und Äußerungen der Menschen verschiedener sozialer Milieus, nicht allein der Arbeiter, in Beziehung zu setzen, hat sich in hohem Maße durchgesetzt. Auch wenn die gewünschte Vollständigkeit, vor allem auch wegen der Quellenbegrenztheit, nicht zu erreichen sein wird und unsere Konferenz auch nur einige, wenn auch sehr wichtige Segmente ansprechen konnte, erhebt mich diese Einsicht nicht von der Verpflichtung, auf eine Reihe von Lücken hinzuweisen, die z. T. in der Diskussion hervorgehoben, meist aber nicht ausführlich erörtert worden sind, da es nahe lag, sich an die in den Referaten gesetzten Schwerpunkte zu halten. Wir wurden informiert, daß in den Schulbüchern kaum Hinweise über das Leben in der Industriegesellschaft, über Aufbau und Funktionieren der Betriebe, über Rohstoffe, Produktentwicklung, Absatzmärkte und wirtschaftliche Verflechtungen zu finden sind. Stichworte wie: Veränderung der Lebensverhältnisse, Ernährung, Hygiene und Krankheiten, die Frauenfrage, das Verhältnis zu Kindern, das Freizeitverhalten, die Stellung zu den Kirchen, die konfessionellen Unterschiede, die Ursachen und Auswirkungen der Binnenmigration, von Emigration und Im-

migration sind hier zwar erwähnt worden, konnten aber nicht vertieft werden. Der wichtigsten Voraussetzung für die ungehinderte Entfaltung und Durchsetzung des Individuums, dem neuen Bildungs- und Ausbildungswesen, das Elementarbildung durch die allgemeine Schulpflicht weitgehend zugänglich machte, konnten hier ebenfalls nur Lippenbekenntnisse gezollt werden. Da Bildung auch als Qualifizierung gewertet wurde, war sie somit Ansatzpunkt und Durchsetzungsmöglichkeit von ökonomischem und sozialem Aufstieg; das Leistungsprinzip begann das bisherige ständische Ordnungsprinzip zu verdrängen und löste über die Freisetzung des Individuums eine der gravierendsten sozialen Umwälzungen in neuester Zeit aus.

Bedingt durch den noch recht ungleichmäßig vorangekommenen Forschungsstand blieben also notgedrungen Fragen offen, obgleich ja alle Referate die Ergebnisse empirischer Sozialforschung darboten. Ich habe es vermißt, daß – bedingt durch eine gewisse Ungleichgewichtigkeit in der Themenstellung – z. B. die relativ gut erforschten Integrationsprobleme der zahlreichen Zuwanderer slawischer Muttersprache wie Polen, Kaschuben und Masuren in das Ruhrgebiet, aber auch ihre Leistungen und ihre generelle Bedeutung für den Industrialisierungsprozeß hier keine Berücksichtigung gefunden haben, zumal auch dieser Aspekt in vielen Schulbüchern keine oder doch keine angemessene Erwähnung erfährt. Eine Begriffsdefinition hätte zudem klären müssen, ob beide Seiten mit den häufig verwendeten Schlagworten wie Proletariat, Unterschichten, Bürgertum, Massenkultur u. v. a. m. wirklich die gleichen Begriffsinhalte verbinden. Ich könnte mir auch vorstellen, daß durch die Verknüpfung von strukturgeschichtlichen Betrachtungen mit Mentalitäts- und Verhaltensforschung zusätzliche Aufschlüsse für das Generalthema dieser Konferenz zu gewinnen sind, was freilich voraussetzt, daß durch weitere betriebs-, orts- und regionalgeschichtliche Untersuchungen die empirisch gewonnene Basis verbreitert werden muß, damit allgemeingültige Aussagen mit vergleichenden Methoden für das geteilte Polen und das Deutsche Reich vor 1914 gemacht werden können.

Die mehr fachhistorisch ausgerichteten Referate des Schlußtages konnten die beziehungsgeschichtlichen Faktoren stärker berücksichtigen und zugleich die Bezüge zu den gestrigen Vorträgen herstellen. Besonders die in ihrem Faktenreichtum und in den Schlußfolgerungen so überzeugenden Ausführungen von Herrn Kollegen Strobel zum Echo der Revolution von 1905 in Deutschland haben erkennen lassen, daß wichtige Strömungen weder in der Fachliteratur noch in den Schulbüchern eine Würdigung gefunden haben. Aber auch die heutigen Referate haben Fragen offengelassen, die einer weiteren Vertiefung bedürften – so die Erklärung der Ursachen für die Schwäche der PPS in der Provinz Posen, für das Auseinanderdriften der deutschen und der polnischen Genossen in Oberschlesien, das allein mit sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten nicht ausreichend begründet zu sein scheint, oder für das Anwachsen des nationalen vor dem proletarischen bzw. dem sozialistisch-internationalistischen Bewußtsein. Die interessanten Hinweise zu den Ursprüngen und den hauptsächlichen Inhalten der Arbeiter- bzw. der Massenkultur im Deutschen Reich und in Kongreßpolen haben, da wir sie hier nicht gemeinsam mit den Referenten diskutieren konnten, die nationalen Barrieren leider am wenigsten überwunden. Zum Glück haben besonders die Ausführungen von Frau Doz. Dr. Żarnowska, die ja fast den Charakter eines Korreferats besaßen, und die heutige Diskussion dazu beigetragen, die beziehungsgeschichtlichen Aspekte nicht ganz aus den Augen zu verlieren.

Ich hätte es begrüßt, wenn uns – und damit auch den Schulpraktikern – wie schon bei früheren Konferenzen ein erfahrener Didaktiker Hilfestellung bei der Aufbereitung der spröden Materie für den Unterricht und für die notwendigen Schwerpunktsetzungen geleistet hätte. Dank der fundierten Aussagen der Kollegen Kulak und Meyer, die sich seit Jahren der mühevollen Auswertung der in beiden Ländern verwendeten Schulbücher widmen und denen unsere besondere Anerkennung gebührt, wurde dieses Defizit weitgehend ausgeglichen; ihre Darlegungen haben jedenfalls bei mir den Eindruck hinterlassen, daß trotz vieler wünschenswerter weiterer Verbesserungen sowie der nach wie vor erforderlichen stärkeren Berücksichtigung der besonderen Voraussetzungen im jeweils anderen Land doch in Inhalt und Umfang der beiderseitigen Wahrnehmung im Schulbuch längerfristig Erfolge zu verzeichnen sind. Gerade dieses Bemühen der Schulbuchautoren, dem Anliegen und den bisherigen Ergebnissen der Kommissionsarbeit verstärkt Rechnung zu tragen, sollte Ansporn und Auftrag zugleich sein, dieses schwierige und in beiden Ländern auch weiterhin von publizistischem Sperrfeuer begleitete Geschäft der Schulbuchrevision weiter zu betreiben. Ein Umsetzungserfolg wird sich aber nur dann einstellen, wenn wir es verstehen, dem Schulbuchautor und dem Lehrer Materialien an die Hand zu geben, die ohne großen Aufwand in neue Bücher und damit in den Unterricht zu integrieren sind. Gerade deshalb ist es notwendig, die Autoren um eine knappe Zusammenfassung ihrer Ausführungen zu bitten, die als Erstinformation und Leitfaden diesen Erwartungen entgegenkommen.

Wie bei früheren Symposien auch, so haben mich jetzt einmal mehr das hohe wissenschaftliche Niveau, die Gesprächsbereitschaft, die herzliche Kollegialität, die spürbare Fairness und Offenheit beeindruckt. Gerade in den lebhaften und sachkundigen Diskussionsbeiträgen sind wertvolle Klarstellungen erfolgt, inhaltliche Ergänzungen geliefert und die Ausweitung auf die jeweils andere nationale Sphäre versucht worden. So konnte doch in manchen Punkten eine Verbindung mit den nicht immer oder nur unter Einschränkungen vergleichbaren Entwicklungen in den polnischen Teilungsgebieten und im Deutschen Reich erzielt werden, wodurch dem die Schulbuchrevision bestimmenden komparatistischen Aspekt doch noch Gerechtigkeit widerfuhr. Obgleich der von mir so verehrte Stanisław Jerzy Lec behauptet, „auch die Muse der Geschichte ist eine Frau; sie hat ihre schamhaften Stellen", so meine ich doch, daß uns auch diese XVI. Schulbuchkonferenz einen wesentlichen Schritt weitergebracht hat, die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte gemeinsam aufzuarbeiten.